

The letters 'MPU' are rendered in a large, bold, blue font. The interior of the letters is filled with a blurred, blue-toned image of a road at night, showing lane markings and distant lights.

DIE MEDIZINISCH-PSYCHOLOGISCHE UNTERSUCHUNG (MPU) IST HOCH ANGESEHEN

Das Image der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU) ist zwiespältig: Das ist die landläufige Meinung, die auch nur von wenigen infrage gestellt wird. Doch das wollten der VdTÜV und seine Mitglieder nun etwas genauer wissen und hinterfragen. Daher beauftragten sie im Herbst 2013 eine repräsentative Umfrage beim Umfragezentrum Bonn zum Image der MPU. Und die Ergebnisse überraschten die Experten nicht, dürften aber das Meinungsbild einiger Kritiker ins Wanken bringen. Denn: Das Image der MPU ist nicht schlecht, ganz im Gegenteil, es ist sogar sehr gut. Große Teile der Bevölkerung wünschen sich ein Instrument wie die MPU, um diejenigen Fahrer zu identifizieren, die nicht zu einer verantwortungsvollen Teilnahme im Straßenverkehr in der Lage sind. Die Mehrheit der Befragten sieht die MPU insbesondere für solche Fahrer als sinnvoll an, die mit Alkohol- und Drogen-delikten im Straßenverkehr auffällig geworden waren.

Die Methode

Im Auftrag des VdTÜV hatte das Umfragezentrum Bonn zwischen dem 13.09. und dem 01.10.2013 insgesamt eine repräsentative Stichprobe von 501 Personen über 18 Jahre telefonisch zum Thema „Verkehrssicherheit“ befragt. Mit der Umfrage sind vier Forschungsfragen behandelt worden:

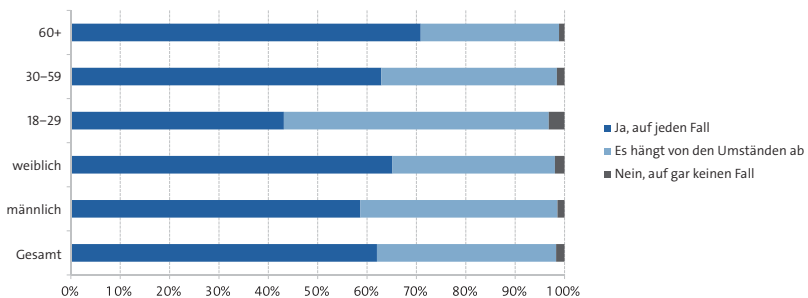
1. Wie ist die Einstellung der Bevölkerung zum Entzug der Fahrerlaubnis bei Fahren unter Alkoholeinfluss?
2. Alternativen zur MPU: Welches Vorgehen zur Wiedererlangung der Fahrerlaubnis hält die Bevölkerung für sinnvoll?
3. Wie ist das Image der MPU in der Bevölkerung? Wird die MPU als Beitrag zu Erhöhung der Verkehrssicherheit wahrgenommen?
4. Bei welchen Anlässen sollte nach Meinung der Bevölkerung eine Untersuchung der Fahreignung angeordnet werden?

ALKOHOL AM STEUER: HARTE KONSEQUENZEN?

In der Bevölkerung besteht ein sehr hoher Konsens darüber, dass Fahren unter Alkoholeinfluss grundsätzlich mit dem Entzug der Fahrerlaubnis geahndet werden sollte. 62% der Befragten waren dafür, 36% erklärten, dieses hänge von den Umständen ab. Nur 1,7% waren der Meinung, dass die Fahrerlaubnis nach einer Alkoholfahrt nicht entzogen werden sollte. Interessant dabei: Mehr Frauen als Männer sind für konsequentes Durchgreifen, und auch hinsichtlich des Alters stellten die Fachleute aus Bonn Unterschiede fest. Bei den 18–29-Jährigen stimmen „nur“ 43,2% für einen Entzug der Fahrerlaubnis nach einer Alkoholfahrt, bei den über 60-Jährigen sind es fast 71%.

ENTZUG DER FAHRERLAUBNIS

„Sollte Ihrer Meinung nach jemandem, bei dem festgestellt wird, dass er alkoholisiert Auto fährt, die Fahrerlaubnis entzogen werden?“ Basis Gesamt: N=501



Eine Antwortmöglichkeit war hier „Es hängt von den Umständen ab“. Nach diesen Umständen befragt, gaben die Personen folgende Antworten: Bei einer hohen Blutalkoholmenge, wiederholtem alkoholisiertem Fahren, nach einem Unfall unter Alkoholeinfluss oder bei zusätzlichem Drogenkonsum stimmen jeweils über 95% der Befragten für den Entzug der Fahrerlaubnis.

Zusammenfassend kann hier festgestellt werden: In der Bevölkerung besteht ein sehr hoher Konsens darüber, dass Fahren unter Alkoholeinfluss grundsätzlich mit dem Entzug der Fahrerlaubnis bestraft werden sollte.

Der Weg zurück zur Fahrerlaubnis

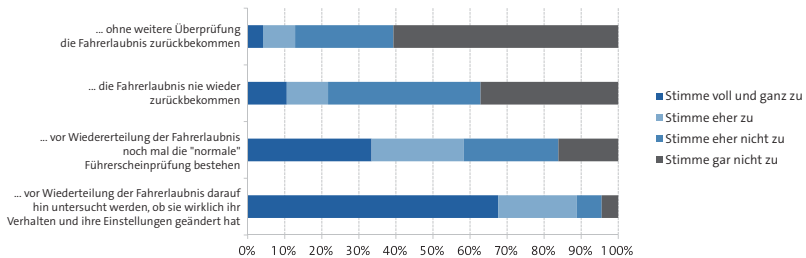
Im Vergleich zu anderen möglichen Vorgehensweisen zur Wiedererlangung der Fahrerlaubnis findet ein Verfahren, welches vor der Wiedererteilung Verhaltens- und Einstellungsänderungen untersucht, in der Bevölkerung mit Abstand die größte Zustimmung. Eine lebenslange Sperre findet nur bei einem kleinen Teil (21,7%) Zustimmung.

Eine einfache Wiedererteilung nach einer Sperrfrist ohne weitere Überprüfung erhält von den wenigsten Personen (12,1%) Zustimmung. Eine deutliche Mehrheit ist also für eine Überprüfung der Fahreignung. Die bloße Sperrfrist mit späterer Wiedererteilung ändert zumeist nichts am Fehlverhalten der verkehrsauffälligen Fahrer. Ganz im Gegenteil: Ohne sich mit ihrem Problem befasst zu haben, können sie wieder am motorisierten Straßenverkehr teilnehmen und haben zumeist das eigentliche Problem – die mangelnde Trennung von Alkohol- oder Drogenkonsum und Teilnahme am Straßenverkehr – nicht gelöst.

Die Idee der MPU, jemandem, der sein Verhalten und seine Einstellung nachweislich geändert hat, auch nach einem Entzug der Fahrerlaubnis eine „zweite Chance“ zu geben, entspricht also den Wünschen des größten Teils der Bevölkerung.

WIEDERERTEILUNG DER FAHRERLAUBNIS

„Wenn bei einer Person z. B. wegen wiederholtem Fahren unter Alkoholeinfluss der Verdacht auf ein Alkoholproblem besteht, unter welchen Bedingungen soll diese Person dann – nach einer Sperrfrist – die Fahrerlaubnis wiedererteilt bekommen? Bitte geben Sie an, welche der folgenden Maßnahmen Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder gar nicht zustimmen.“ Die Prozent-Angabe ist die Summe vom „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“. Basis: Gesamt N=501



Auch hier lohnt sich wieder ein Blick auf die Geschlechter- und die Altersverteilung: Dass verkehrsauffällige Fahrer vor Wiedererteilung der Fahrerlaubnis hinsichtlich ihrer Verhaltens- und Einstellungsänderung untersucht werden, befürworten 85% der Männer und 92% der Frauen. Bei dieser Frage sind unter den älteren Befragten (60+) „nur“ 80% für eine Untersuchung, bei den jüngeren (18–29) sind es 94%.

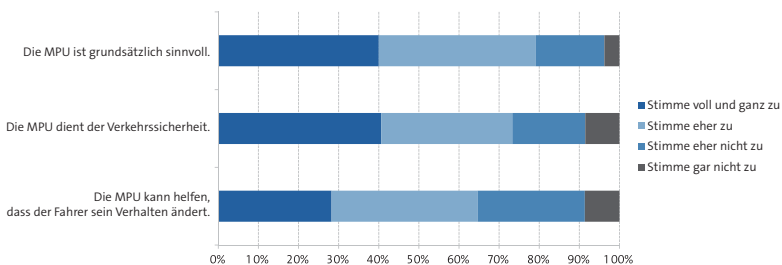
GUTER RUF, SELBST BEI DEN EHEMALIGEN BETROFFENEN

Die MPU ist den meisten Personen in Deutschland ein Begriff. Um sinnvoll das Image der MPU zu erfassen, fragten die Fachleute vom Umfragezentrum Bonn zunächst die Bekanntheit der MPU ab. Nur diejenigen, denen die MPU zumindest ein Begriff ist, sollten die MPU anhand von drei Statements bewerten.

Von diesen stimmen jeweils etwa drei Viertel den Aussagen zu, dass die MPU grundsätzlich sinnvoll sei und dass die MPU der Verkehrssicherheit diene. Knapp zwei Drittel derer, denen die MPU ein Begriff ist, glauben auch, dass die MPU verkehrsauffälligen Fahrern dabei helfen kann, ihr Verhalten zu ändern.

ZUSTIMMUNG/ABLEHNUNG VON ALLGEMEINEN AUSSAGEN ZUR MPU

„Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zur MPU vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll und ganz, eher, eher nicht oder gar nicht zustimmen.“ Die Prozent-Angabe ist die Summe vom „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“. Basis: Nur wer zuvor angegeben hat, zumindest schon von der MPU gehört zu haben. N=467.



Dieses sind die zentralsten und wichtigsten Aussagen hinsichtlich des Images der MPU. Sie machen auf beeindruckende Art und Weise deutlich, dass in der Bevölkerung sowohl der Sinn der MPU als auch ihr Anteil an der Verkehrssicherheit vollkommen außer Frage steht. Das wird noch deutlicher, wenn man sich die entsprechend geringen Zustimmungswerte zu den gegenteiligen Aussagen anschaut: Genau diese 20,8% (keine Zustimmung zum Statement „Die MPU ist grundsätzlich sinnvoll“) und 26,7% (keine Zustimmung zum Statement „Die MPU dient der Verkehrssicherheit“) zeigen sehr eindrucksvoll, dass keinesfalls eine Mehrheit die MPU in Frage stellt.

Wann sollen verkehrsauffällige Fahrer zur MPU?

Insgesamt findet die Auswahl der Anlässe, aus denen heraus eine MPU angeordnet wird, eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung. Falls ein Autofahrer stark alkoholisiert aufgefallen ist, befürworten 92% die Anordnung. Ist ein Fahrer mehrmals alkoholisiert im Straßenverkehr aufgefallen, fällt das Bild noch deutlicher aus: 97% der Befragten sprechen sich hier für die Anordnung einer MPU aus.

Bei der Anordnung einer MPU allein aufgrund vieler Punkte beim Verkehrszentralregister oder aufgrund eines einzelnen schwerwiegenden Verkehrsverstoßes ist die Zustimmung zwar etwas geringer als bei der Anordnung aufgrund einer aggressiven Straftat – aber auch hier werden mit 75% bis 80% Zustimmung von einem Großteil der Bevölkerung Untersuchungen gewünscht. Bemerkenswerterweise finden sich kaum Unterschiede in den Zustimmungsraten zwischen Altersgruppen, Geschlecht oder Erfahrung mit MPU. Die Bewertungen sind in allen Gruppen sehr ähnlich.

Herausgeber

Verband der TÜV e. V.

Friedrichstraße 136, 10117 Berlin

Tel.: +49 30 760095-400

Fax: +49 30 760095-401

E-Mail: berlin@vdtuev.de

www.vdtuev.de

www.twitter.com/vdtuev_news

www.vdtuev.de/blog.e-fahrzeuge-im-einsatz